

Der Fall Kosovo:

"Verantwortungsethische" Kriegsrechtfertigung und pazifistische Schlussfolgerungen

Im Unterschied zum Golfkrieg 1990 und zum Bosnienkrieg 1995 stützte sich der Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) auf eine breite öffentliche Zustimmung auch in der Bundesrepublik Deutschland. Nicht nur, dass die "Friedenspartei" Bündnis 90/Die Grünen nunmehr mit Regierungsverantwortung den Krieg offensiv verteidigte, hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Auch Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler und Kirchenvertreter mit moralischem Gewicht, wie Erhard Eppler, Jürgen Habermas, Ulrich Beck, Günter Grass, die militärische Gewalt als Mittel der Konfliktlösung grundsätzlich skeptisch beurteilen, meinten im Fall Kosovo keinen anderen Ausweg zu sehen, als für "Humanität und gegen Bestialität" (Habermas) einzutreten. Aus meiner Sicht hat diese "verantwortungsethische" Argumentation letztlich den Ausschlag für eine breite öffentliche Zustimmung zum Nato-Krieg gegeben. Alle sachlich überzeugenden und realitätsnahen pazifistischen Argumente gegen den Krieg stießen auf taube Ohren oder verpufften unter dem vorherrschend bellizistischem Geist ins Leere. Möglicherweise fühlen sich viele Menschen, die seinerzeit aus humanitären Gründen dem Nato-Krieg zustimmten, auf Grund verheerender Kriegsfolgen inzwischen betrogen und hinters Licht geführt. Gleichwohl kann eine Situation wie die vor dem Beginn des Nato-Krieges gegen Jugoslawien auch in Zukunft immer wieder eintreten, in der verantwortungsethische Überzeugungen zu Kriegszwecken instrumentalisiert werden, um dem Krieg ein humanitäres Antlitz zu verleihen. Diese Gefahr ist m.E. solange virulent, wie Pazifisten die strittige Kernfrage verdrängen, ob es tatsächlich den äußersten Notfall geben kann, wo auch Radikalpazifisten (im

Unterschied zu "Gesinnungs"-Pazifisten) den Einsatz militärischer Gewalt befürworten müssen. Bisher wurde diese abstrakte, aber angesichts des Holocaust's immens wichtige Frage aus Angst, in aktuellen Situationen in den bellizistischen Strudel gezogen zu werden und die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen, umschiffen bzw. defensiv behandelt. Diese defensive Haltung hat den bellizistischen Handlungsspielraum erst recht erweitert, jeden Konfliktfall in der Welt als "Äußersten Notfall" zu deklarieren und Pazifisten in "verantwortungsethische" und "gesinnungsethische" zu spalten. Der seit mehreren Jahren schwelende und bisher ungeklärte Streit innerhalb von Pax Christi - er ist auch symptomatisch für die zermürbenden Debatten innerhalb der gesamten Friedensbewegung - über diese Kernfrage, ist ein Beleg für die Selbstmarginalisierung der Pazifisten. Nur eine ehrliche und offensive Auseinandersetzung mit dieser Kernfrage dürfte dazu beitragen, die eigene Unsicherheit zu überwinden und in künftigen Konfliktfällen den bellizistischen Spalt-Pilz abzuwehren.¹ Pazifisten haben sich bisher damit begnügt, ex post Recht gehabt zu haben. Es muss jedoch darauf ankommen, schon im Vorfeld die humanitären Schleier militärischer Interventionen zu lüften, eine kulturelle Hegemonie des Bellizismus zu verhindern und damit den Kriegstreibern die politische Legitimation zu entreißen. In diesem Sinne aus dem Nato-Krieg gegen die BRJ pazifistische Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen heißt zuallererst, das Zusammenspiel zwischen der Nato und der "verantwortungsethischen" Kriegsrechtfertigung jener kulturell einflussreichen Strömung mit moralischem Gewicht genauer unter die Lupe zu nehmen.

Verantwortungsethische Schleier der Verantwortungslosigkeit

Ulrich Beck charakterisierte den Nato-Krieg in seinem Beitrag "über den postnationalen Krieg" (Beck 1999) positiv als Ausdruck einer historischen Wende im "Übergang von einer nationalstaatlichen zu einer kosmopolitischen Weltordnung", (die) sich daher als ein tiefgreifender Prioritätenwechsel zwischen Völkerrecht und Menschenrecht begreifen (lässt)".

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um ein Kapitel eines längeren Beitrages des Verfassers, der im Sommer im Osnabrücker Jahrbuch für Frieden und Wissenschaft 2000 zum Thema: "Der Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Lehren für pazifistische Perspektiven" veröffentlicht wird.

¹ Leider umschiffen Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Vack in ihrer sehr engagierten "pazifistisch-menschenrechtlichen Streitschrift" (1999) weitgehend die hier thematisierte Kernfrage.

Auch Jürgen Habermas rechtfertigt den Nato-Krieg in seinem Beitrag "Bestialität und Humanität - Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral" (Habermas 1999), indem er ihm trotz der Mahnung, "die Selbstermächtigung der Nato darf nicht zum Regelfall werden", menschenrechtlich universale Bedeutung zukommen lässt. "Unter Prämissen der Menschenrechtspolitik soll dieser Eingriff nun als eine bewaffnete, aber von der Völkergemeinschaft (auch ohne UN-Mandat stillschweigend) autorisierte, Frieden schaffende Mission verstanden werden. Nach dieser westlichen Interpretation könnte der Kosovo-Krieg einen Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft bedeuten".² Weniger offen, jedoch um so subtiler formuliert Dieter Senghaas, einer der renommiertesten Friedensforscher in der Bundesrepublik Deutschland, eine völkerrechtliche Legitimation des Nato-Krieges gegen die BRJ. In seinem Beitrag "Recht auf Nothilfe" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. Juli 1999 entwickelt Senghaas eine abstrakt völkerrechtliche Begründung für das Gebot militärischer Intervention, sofern ein Notfall eingetreten ist. Das Verbot des Angriffskrieges ist nach Senghaas nicht der einzige Inhalt zwingenden Rechts. Das Völkerrecht kennt weitere zwingende Normen. Dazu gehören auch "das Verbot des Völkermords, des Sklavenhandels, der Rassendiskriminierung, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit ...". Senghaas zufolge, um die substanzielle Botschaft seiner längeren Ausführungen auf den Punkt zu bringen, ist eine militärische Intervention moralisch und rechtlich "nicht nur erlaubt, sondern regelrecht geboten, um den Opfern völkerrechtlich gravierender Delikte beizustehen", wenn "Staaten sich als Schurkenstaaten verhalten und gegen die wenigen, aber elementaren Verpflichtungen ... verstoßen und solange der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Verfaßtheit und Zusammensetzung seine Aufgabe nicht wahrnimmt."³

Charakteristisch gemeinsames Merkmal dieser, den Nato-Krieg rechtfertigenden hier ausgewählten Argumentationsmuster ist, dass dabei den Nato-Behauptungen blindlings

² Eine ausführliche Kritik der intellektuellen Parteinahme für den Krieg vgl. Narr/Roth/Vack, 1999: 76 ff.

³ Senghaas bezieht sich nur indirekt auf den Nato-Krieg gegen die BRJ. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung (Juli 1999) und die strikte Vermeidung jeglichen Zweifels an der behaupteten moralisch-menschenrechtlichen Motivation der Nato lässt nur die Möglichkeit zu, dass Senghaas mit seiner vermeintlich abstrakten "Fallanalyse" in voller

Glauben geschenkt und sie kritiklos und epigonenhaft übernommen werden. Sie suggerieren eine "Entscheidungsschlacht" zwischen Faschismus und Demokratie, zwischen Zivilisation und Barbarei. Besonders perfide dabei ist die Gleichsetzung von Zivilisation mit der Nato und Letztere mit der Staatengemeinschaft. Nicht nur Rußland und China, sondern mehr als vier Fünftel aller Staaten, die nicht gefragt worden waren, ob auch sie einen Krieg der Nato gegen die BRJ befürworteten, gehören nach dieser Redensart nicht der Staatengemeinschaft an. Mögliche geostrategische Eigeninteressen der USA und der Nato und Interessen des gigantischen Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK) euroamerikanischer Herkunft an militärischen Interventionen wurden bei diesem Argumentationsmuster nicht in Betracht gezogen. Erst recht schlossen die zitierten "Verantwortungsethiker" aus, es könnte sich bei dem "äußersten Notfall", der vor dem Kriegsbeginn im März 1999 eingetreten sein soll, und der die "westliche Zivilisation und die Völkergemeinschaft" zu der einzig möglichen Alternative einer "humanitären Intervention" nötigte, um eine medial gestützte, perfekte Inszenierung gehandelt haben.

Inszenierung des menschenrechtlichen Notfalls

Ein Jahr nach dem Kriegsbeginn erhärten zahlreiche Indizien den schon immer durch Pazifisten und nicht pazifistisch motivierte Kritiker geäußerten Verdacht, dass die Nato die durch Milosevic verursachte Gewalteskalation im Kosovo zum Anlass nahm, um auf einen Krieg gegen die BRJ zuzusteuern, und dass ein einmaliges Zusammenspiel unterschiedlicher Interessen der angloamerikanischen Allianz, der Nato-Strategen, des MIK und einflussreicher Medien international das politisch-kulturelle Umfeld für die Durchsetzung der Kriegsalternative vorbereitete. Retrospektiv lassen sich folgende Ebenen der Inszenierung benennen:

Erstens die "Friss oder stirb"-Taktik der Nato-Vertragsunterhändler, die sich schließlich im Diktat von Rambouillet äußerst wirksam niedergeschlagen hat. In Annex B dieses Vertragswerkes

Übereinstimmung mit der Kriegssprache der Nato, diesen ganz und gar konkreten Krieg für völkerrechtlich geboten hält.

wurden buchstäblich in letzter Minute kapitulationsähnliche Bedingungen aufgenommen, die weder von der serbischen Opposition noch von irgend einem anderen Staat dieser Erde hätten akzeptiert werden können.⁴ Nato-Vertragsunterhändler, allen voran das britisch-amerikanische Verhandlungsteam, erweckten in der Öffentlichkeit den Eindruck, nichtmilitärische Möglichkeiten auszuloten, setzten in Wahrheit jedoch alles daran, um im Endeffekt eine friedliche Regelung zu torpedieren. Dabei wurde nicht nur der Gegner vor vollendete "Friss oder stirb"-Tatsachen gestellt, den Medien, den Parlamenten und sogar den verantwortlichen Ministern der Nato-Staaten wichtige Informationen vorenthalten⁵ bzw. erst nach dem Kriegsbeginn zugänglich gemacht, sondern auch die serbische Reaktion einer systematischen Vertreibung der Kosovo-Albaner, die nach dem Kriegsbeginn erst recht erbarmungslos wurde, einkalkuliert. Der kommandierende US- und Nato-General Wesley Clark gestand kurz nach dem Beginn der Bombardierungen vor der Presse, es sei "absolut voraussehbar", dass sich damit der serbische Terror verstärken würde. Kurz darauf erklärte er: "Die militärischen Stellen haben in vollem Umfang die niederträchtige Strategie antizipiert, die Milosevic einschlagen würde, und ebenso die schreckliche Effizienz, mit der er sie durchziehen würde". Später erklärte Clark explizit: Die geplante Nato-Operation war "von der politischen Führung nicht als ein Mittel zur Beendigung der ethnischen Säuberung durch die Serben gedacht".⁶ Dafür, dass die Behauptung der Nato, Milosevic hätte vorgehabt, einen serbischen Plan der ethnischen Säuberung (der Hufeisenplan) im Kosovo auf jeden Fall durchzuführen, in der öffentlichen Meinung den Stellenwert einer Tatsache erhielt, sorgte das Feindbild Milosevic's, das, wie unten näher dargestellt, schon lange vor dem Kriegsbeginn erzeugt worden war.⁷

⁴ Vgl. dazu Zumach 1999 und vor allen Dingen Chomsky, der in seinem Buch "New Military Humanism" (1999) und in Le Monde Diplomatique (März 2000) detailliert und präzise die einzelnen Schritte kurz vor dem Abschluss des Rambouillet-Abkommens nachzeichnet.

⁵ Vgl. dazu Chomsky 2000 und insbesondere die TAZ vom 6. April 1999 und den folgenden Tagen.

⁶ Zitiert nach Chomsky 2000; vgl. auch New York Times vom 27. März 1999; Sunday Times (London) vom 28. März 1999; Newsweek vom 12. April 1999 und BBC-Sendung "Panoram-War-Room" vom 19. April 1999.

⁷ Am Ende der dritten Kriegswoche präsentierte die Hardhöhe einen angeblich schon im Dezember 1998 von Milosevic und der serbischen Militärführung verabschiedeten Operationsplan mit dem Titel "Hufeisen", der beweisen sollte, dass die nach der Nato-Bombardierung Jugoslawiens einsetzende systematische Vertreibung von Kosovo-Albanern von langer Hand vorbereitet war. Schon im Mai 1999 wurden Zweifel über die Echtheit des "Hufeisenplans" laut, da dabei weder Details noch die Quellen dieses Dokuments präsentiert wurden (Grobe, Mai 1999), Informationen, die auch bis heute der Öffentlichkeit vorenthalten wurden (vgl. dazu ausführlich Loquai, 2000).

Dass für die US-Regierung die Marschroute lange vor der Zuspitzung des Kosovo-Konfliktes Ende 1998/99 beschlossene Sache war, belegt ein von der deutschen Botschaft in Washington D.C. aufgezeichnetes Protokoll eines Gespräches zwischen dem US-Präsidenten Clinton, der Außenministerin Albright sowie dem damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder am 4. August 1998, in dem er der US-Regierung die Unterstützung Deutschlands unter einer von ihm geführten Regierung im Falle eines Nato-Krieges zusicherte, gleichzeitig aber den Wunsch äußerte, vorher einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates einzuholen. Daraufhin erklärte Mrs. Albright, „dies komme nicht in Frage, die UNO sei hierfür nicht zu gebrauchen“.⁸ Es ist durchaus nicht auszuschließen, dass die Regierungen der übrigen Nato-Staaten, auch die rot-grüne Bundesregierung, selbst Opfer der anglo-amerikanischen Inszenierung geworden sind.

Nach dem Massaker von Radcak und dem Scheitern des Holbrooke-Milosevic-Waffenstillstands-Abkommens wollten die Amerikaner "sofort auf der Basis des noch gültigen "act ord"⁹ mit der Bombardierung der Volksrepublik Jugoslawien beginnen", schrieb der grüne Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, zwei Tage nach dem Beginn des Nato-Bombardements in einer ausführlichen Stellungnahme. Dabei erwarteten die Amerikaner "die Beteiligung der anderen Nato-Staaten, auch Deutschlands", so Volmer. "Es waren der grüne Außenminister Joschka Fischer und die Beamten des AA, die mit großem persönlichen Einsatz die anderen Außenminister dazu bewegten, statt einer schnellen Bombardierung den Verhandlungsprozeß von Rambouillet zu organisieren" (Volmer 1999). Offensichtlich ließ sich die britisch-amerikanische Seite auf das "Zugeständnis" Rambouillet ein, um dann durch Annex B - wie es auch tatsächlich geschehen ist - mit dem "Friss oder Stirb"-Diktat von Rambouillet das abermalige Scheitern der Verhandlungen Milosevic anzulasten. "Während des Verhandlungsprozesses wurde deutlich, dass die serbische Seite absolut kein Interesse an der friedlichen Lösung hatte. Die grüne Vorstellung, mit Verhandlungen und auf friedlichem Wege auch die schwierigsten Konflikte lösen zu können, brach sich am Charakter Milosevics." ... "Wir hatten, um den Rambouillet-Prozess in Gang zu bringen, die sofortige Anwendung von "act ord" zugestanden", schrieb Volmer. Jetzt "war der Preis zu zahlen" (ebenda). Man mag die Naivität

⁸ Vgl. dazu Zumach, 2000: 273 f.

der grünen Außenpolitik und die Selbsttäuschung über die wahren Absichten der britisch-amerikanischen Allianz, die die deutsch-europäische Außenpolitik in die Sackgasse von Rambouillet führte, angesichts des ohnehin schwachen deutschen Handlungsspielraums gerade noch entschuldigen. Unverzeihlich ist jedoch, den Annex B nachträglich als völlig "normalen Vorgang" zu rechtfertigen und darüber hinaus auch noch mit der "Keule" von "Nie wieder Auschwitz" in die Offensive zu gehen und zu verschleiern, alle denkbaren Möglichkeiten der friedlichen Regelung des Kosovo-Konflikts eben nicht ausgeschöpft zu haben und so zum Vollstrecker britisch-amerikanischer Kriegsstrategie geworden zu sein. Wäre es im Interesse eigener Identität und einer langfristigen europäischen Friedensperspektive nicht glaubwürdiger gewesen, anstatt Menschenrechte zu instrumentalisieren und zu diskreditieren, die eigene reale Schwäche, den Krieg nicht verhindern zu können, einzugestehen, um dann den Krieg so rasch wie möglich zu beenden und auf der Basis einer politisch-moralisch stärkeren Position eine eigenständige nicht-militärische Friedens- und Außenpolitik für Europa zu formulieren?

Zweitens eine psychologische Kriegsvorbereitung, die offensichtlich seit 1992 in Gang gesetzt worden war. Für ein neues Feindbild nach dem Zusammenbruch des Feindbildes Kommunismus bot sich neben Saddam Hussein, Slobodan Milosevic an, das nunmehr fruchtbar gemacht wurde. James Harff, der Chef der amerikanischen PR-Agentur Ruder Finn, rühmte sich im französischen Fernsehen unlängst offen, einen kostenintensiven Werbefeldzug gegen die Serben geführt zu haben. Dabei habe seine Agentur, so James Harff, u.a. mit weltweit ausgestrahlten TV-Spots die Serben mit den Nazis gleichgesetzt, dabei auch einflussreiche jüdische Organisationen in den USA „überlistet“. Es sei gelungen, Begriffe wie „ethnische Säuberung“ und „Auschwitz“ im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.¹⁰ Tatsächlich trug die Gleichsetzung von Milosevic mit Hitler, Serben mit Nazis und Kosovo mit Auschwitz vor allem im vorbelasteten Deutschland zu emotionsbeladenen und irreführenden Manövern erheblich bei. Durch besonders aktive Teilnahme an dem psychologischen Propagandafeldzug setzten

⁹ "act ord" - die Abkürzung für "activation order" - ist die von den USA durchgesetzte Drohpolitik, im Falle der Fortsetzung serbischer Greuelthaten mit der Bombardierung ("Luftschläge") Serbiens zu beginnen. Dieser Drohpolitik stimmt der Deutsche Bundestag am 16. Oktober 1998 zu.

¹⁰ Vgl. Horst Eberhard Richter in seinem Rundbrief vom 11.02.2000 an die Mitglieder der deutschen IPPNW-Sektion.

sich Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping¹¹ selbst unter Zugzwang, den Menschen tagtäglich höchstpersönlich die „Entdeckung“ von neuen Massengräbern und Konzentrationslagern im Kosovo zu präsentieren.¹² Ein Toter ist ein Toter zu viel und die Verantwortlichen, ob Milosevic oder ein anderer, müssen wegen nachgewiesener Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Vorwurf des Völkermordes an den Kosovaren durch die Serben, womit die Nato ihren Angriffskrieg gegen die BRJ rechtfertigte, konnte jedoch bis heute durch keine völkerrechtlich zuständige Instanz einwandfrei bestätigt werden.¹³

Drittens die Bereitschaft von einflußreichen Intellektuellen und Schriftstellern, sich willfährig vor den Karren der Kriegsinszenierung spannen zu lassen und durch eine, wie oben an mehreren Beispielen konkretisiert, Konstruktion des menschenrechtlich begründeten „Notfalls“ eine derart kulturelle Hegemonie für die Kriegslegitimation herbeizuführen, der sich niemand wagte entgegenzustellen. Unter diesem Druck ließen sich selbst integere und sonst einer Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln gegenüber skeptische Persönlichkeiten wie Erhard Eppler und Günter Grass allzu leichtfertig für den Krieg gegen die „Barbarei“ und den neuen besonders trickreichen Faschismus auf die Seite der „Zivilisation“ und der vermeintlichen Wahrheit hinüberziehen. Der Spielraum für eine differenzierte und kritische Reaktion auf diese konkrete Situation vor und nach dem Kriegsbeginn war so gut wie nicht mehr vorhanden.

¹¹ Scharping erklärte am 26. März 1999 zu Kriegsbeginn „Im Kosovo findet ein ethnisch begründeter Völkermord statt. Am 28. März ergänzte er „Im Norden von Pristina wird ein Konzentrationslager eingerichtet. Lehrer werden zusammengetrieben und vor den Augen ihrer Schüler erschossen. (s. dazu von Gremliza in: Konkret, Dezember 1999). Scharping setzt auch in den darauffolgenden Tagen mit neuen Enthüllungen zur Untermauerung seiner Völkermordthese fort, um erst am 9. April 1999 dank wachsender öffentlicher Kritik die Informationspolitik der Nato zu kritisieren und damit den Wahrheitsgehalt seiner eigenen Behauptungen in Zweifel zu ziehen.

¹²Jüdische Überlebende des Holocaust verurteilten am 11. April 1999 in einer ganzseitigen Anzeige in der Frankfurter Rundschau „den Mißbrauch, den Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem... Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben...“ An Fischer und Scharping gerichtet schreiben sie, „Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens“.

¹³ Der spanische Inspekteur des im Auftrag des internationalen Kriegsverbrechertribunals der UN für Ex-Jugoslawien eingesetzten Pathologen-Teams Juan Lopez Palafox berichtete der spanischen Tageszeitung *El Pais* nach Abschluß der Untersuchung „wir sind mit Material zur Autopsie von 2000 Personen aufgebrochen... gefunden haben wir 187 Tote.“ (taz vom 03.12.1999) Die Experten bezweifeln keineswegs, „dass im Kosovo grauenhafte Menschenrechtsverletzungen, ethnische Verfolgungen und Erschießungen stattgefunden haben. Nur unzweifelhafte Belege für einen Völkermord hätten sie nicht gefunden. In Ruanda haben wir“ berichten sie „einmal 450 Leichen von Frauen und Kindern an einer Stelle gefunden – alle mit eingeschlagenen Schädeln. Hier wurden sicher auch Verbrechen begangen, aber die hingen mit dem Krieg zusammen“. Die Experten gehen „hochgerechnet von den Funden von insgesamt 2500 Toten im Kosovo aus, Albaner, Serben und Opfer der Nato-Bomben“ (ebenda).

Viertens Die schwache Position und die Unfähigkeit Rußlands und Chinas, das Rambouillet-Diktat der Nato durch eine transparentere Informationspolitik an die Öffentlichkeit zu bringen und die durch Falschinformation und Täuschung herbeigeführte Zustimmung der westlichen Öffentlichkeit zum Nato-Krieg zu erschüttern und schließlich die Nato-Behauptung, Rußland und China wollten eine diplomatische Lösung der Kosovo-Frage mit ihrem Veto im Sicherheitsrat torpedieren, glaubhaft zu widerlegen. Beide Staaten waren, den eigenen großmachtpolitischen Ambitionen folgend, auch weit davon entfernt, die Nato-Kriegsstrategie mit eigenen Konflikt regulierenden diplomatischen Alternativen zu durchkreuzen.

Ein Jahr nach dem Nato-Kriegsbeginn trauen sich die Verantwortlichen kaum, ihre Entscheidung für den Nato-Krieg gegen Jugoslawien offen zu verteidigen. Sie scheuen sich merklich, den Krieg und dessen Folgen zu bilanzieren. Umgekehrt nehmen Stimmen zu, die die Kriegsentscheidung offen kritisieren. Der bereits zitierte Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Wesley K. Clark, bekundete vor dem Streitkräfteausschuß des US-Senats, die Nato hätte mit nicht militärischen Mitteln, wie einer Blockade der Donau und der Adria Häfen und weiteren Maßnahmen dieser Art Milosevic und die ihm nahestehenden politischen Parteien wirksamer isolieren können, und dass so „militärische Mittel vielleicht nie zum Einsatz gekommen wären.“¹⁴ Führende deutsche Friedensforschungsinstitute nannten den Nato-Krieg gegen Jugoslawien einen Fehlschlag.¹⁵ August Pradetto, Politikwissenschaftler an der Hochschule für die Bundeswehr in Hamburg, schätzt den Nato-Krieg gegen die BRJ in einem bemerkenswerten Beitrag durchaus nicht als einen Fehler ein, sondern als „Resultat der Koinzidenz von „Sachzwängen“, (Flüchtlingsströme eindämmen), außenpolitischer Normsetzung (Menschenrechte durchsetzen) und machtpolitisch-militärischer Hegemonie im gesamten europäischen Vorfeld der ehemaligen Sowjetunion“ (Pradetto 2000). Die supermachtpolitischen und geostrategischen Dimensionen des Nato-Krieges sollen weiter unten untersucht werden.¹⁶ Es ist der Nato und vor allem der anglo-amerikanischen Nato-Führung offensichtlich gelungen, die durch Milosevic verursachte Gewalteskalation im Kosovo

¹⁴ Vgl. Timmothy, L. Thomas, 2000.

¹⁵ Vgl. Mutz/Schoch/Ratsch, 1999.

und die Schwächen von Rußland und China zu nutzen, das Feindbild Milosevic werbewirksam zu mobilisieren und dank bereitwilliger intellektueller Argumentationshilfen den vermeintlich nur mit Krieg zu beendenden „mensenrechtlichen Notfall“ geschickt zu inszenieren, um in Wahrheit ihren hegemonial-strategischen Zielen (der Balkan als militärischer Brückenkopf zu den ölreichen Regionen des Kaspischen Meeres und des Persischen Golfes und Einkreisung der Euro-Zone) einen weiteren Schritt näher zu kommen und dem Heißhunger ihres Militärisch-Industriellen Komplexes nach Rüstungsexporten durch eine Neuauflage des Wettrüstens Rechnung zu tragen. Allen Behauptungen der Nato und der rot-grünen Bundesregierung zum trotz waren alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung des Konflikts in keiner Weise ausgeschöpft.

Lehren für eine pazifistische Politik

Und die Pazifisten? Haben sie auf die konkrete Situation vor und während des Krieges richtig reagiert, haben sie alles getan, um den Schulterschluss zwischen den Intellektuellen und Schriftstellern mit den Nato-Geostrategen zu verhindern und die Verunsicherung vieler, die trotz ihrer pazifistischen Grundhaltung glaubten, aus „verantwortungsethischen“ Gründen den Nato-Krieg hinnehmen zu müssen, zur Kenntnis genommen und sich bemüht, politisch rechtzeitig und angemessen darauf zu reagieren? Haben die Pazifisten versagt?

Die aufklärerische Funktion pazifistischer Argumentationsmuster, den Nato-Krieg mit Blick auf die zu erwartende Verschlimmerung der menschenrechtlichen Situation - die sich leider bewahrheitet hat - grundsätzlich abzulehnen, war wichtig, sie reichte jedoch keineswegs aus, um der Inszenierung des menschenrechtlichen Notfalls die Legitimation zu entziehen. Als besonders verhängnisvoll halte ich die hartnäckige Weigerung, sich auf die Debatte um den menschenrechtlich begründeten Notfall einzulassen, zumal rückblickend sich die Auseinandersetzung mit dieser historisch bedeutsamen Frage in der konkreten Vorkriegssituation als Schlüssel für eine Antikriegskampagne herausstellte. In einer Situation, in

¹⁶ Vgl. dazu den umfangreicheren Beitrag des Verfassers, dem dieser Beitrag entnommen wurde (Massarrat, 2000). Vgl. dazu auch Mutz, 1999.

der die Inszenierung des menschenrechtlichen Notfalls gelungen ist, verpuffen gut gemeinte und begründete Prognosen über die Schaffung neuen und größeren Unrechts durch den Krieg ins Leere. Nicht Vernunft, nicht Moral, nicht gute Argumente und auch nicht historische Erfahrungen, sondern nur noch dumpfe Gefühle und Emotionen bestimmen in derartigen Situationen das politische Geschehen. Im Kosovo wurde nicht zum ersten Mal die Kriegslegitimation durch eine Inszenierung herbeigeführt und es wird auch nicht das letzte Mal gewesen sein. Im postkolonialen Zeitalter der Globalisierung werden hegemonialpolitische und geostrategische Interessen mit subtileren Rechtfertigungsmustern durchgesetzt werden. „Humanitäre Intervention“, eine Neuauflage des „gerechten Krieges“, scheint sich als ein besonders wirksames, gesellschaftliche Kräfte mobilisierendes Kriegsrechtfertigungsinstrument herauszustellen, dessen sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Zukunft die USA; die Nato, Rußland und andere Staaten bedienen werden, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen.

Grund genug für die Pazifisten, um sich mit dem behaupteten oder vermeintlich eingetretenen menschenrechtlichen Notfall offensiv auseinanderzusetzen. Dies impliziert, diesen Notfall als grundsätzliche Möglichkeit, die ausnahmsweise auch mit Gewalteininsatz beendet werden muss, einerseits nicht auszuschließen, sondern in Betracht zu ziehen, und ihn andererseits, wo und von wem er auch immer aus Gründen eigener politischer Interessen inszeniert wird, ganz konkret und mit aller verfügbaren Möglichkeiten zu entlarven. Ein Unterlassen dieses Schritts spaltet die Pazifisten unweigerlich in „Gesinnungs- und Verantwortungspazifisten“ und ebnet so erst recht den Weg für eine breite Legitimation von Interessen geleiteten Kriegen. Die eine Gruppe von Pazifisten wird dann als weltfremde und gewissenlose Utopisten an den Rand gedrängt, da sie angeblich aus ideologischen Gründen nur das Prinzip von Gewaltfreiheit hochhalten, und die „verantwortlich“ handelnden Pazifisten lassen sich leichtfertig in das Kriegsbefürworter-Bündnis integrieren, weil sie meinen, so ihrer eigenen Verunsicherung am besten gerecht zu werden. „Während prinzipieller Pazifismus die Selbstverpflichtung auf die Gewaltfreiheit der Mittel zum obersten Maßstab erhebt, orientiert sich Verantwortungspazifismus vor allem an der Frage, wie Gewaltfreiheit im Zusammenleben der

Menschen erreicht und gesichert werden kann. Er stellt sich deshalb die Frage, wie in Situationen manifester Gewaltausübung dieser Gewalt ein Ende gesetzt werden kann. Dadurch tritt die Frage nach dem Einsatz militärischer Mittel als äußerster Notmaßnahme in den Blick", so der brandenburgische Bischof Wolfgang Huber (Huber, 2000). Diese hier unverkennbar begründete Bereitschaft, Krieg im Notfall zu legitimieren, rührt durchaus nicht immer aus dem Opportunismus und dem mangelnden Durchblick, sondern auch daher, dass überzeugende Alternativen zur Überwindung eigener situativer Verunsicherung fehlen.¹⁷ Andererseits müssen sich dennoch die „Verantwortungspazifisten“ ernsthaft die Frage stellen, ob sie wirklich verantwortlich handeln, wenn sie den Behauptungen interessierter Großmächte über den vermeintlichen menschenrechtlichen Notfall ungeprüft und blind folgen müssen, und ob sie dann nicht ohne Not die Rolle der willigen Helfer der Kriegstreiber übernehmen und ihnen das Antlitz der „humanitären Intervention“ verleihen. Die wirklich verantwortlich handelnden Pazifisten, die ich als politische Pazifisten bezeichne, müssen neben ihrer prinzipiellen Überzeugung, dass Krieg Menschenrechtsverletzungen nicht beendet, sondern selbst verursacht bzw. neue hinzufügt, (a) angesichts von Holocaust und Ruanda dazu bereit sein, einer Diskussion über den Gewalteininsatz im wirklich äußersten Notfall nicht aus dem Weg zu gehen und ihre Bereitschaft signalisieren, ihn - wenn er wirklich eingetreten ist - auch hinzunehmen, und (b) auf eine äußerst restriktive Definition des Notfalls hinzuwirken und kompromißlos darauf zu bestehen, dass der menschenrechtliche Notfall (c) nach Maßgabe klarer Kriterien und auf der Grundlage überprüfbarer Fakten ausschließlich durch völkerrechtlich einwandfreie Instanzen festgestellt und (d) ebenso ausschließlich durch eine von der UNO organisierte bzw. legitimierte Truppe beendet wird. Mit anderen Worten müßte das propagandistische Täuschungsmanöver der Kriegsbefürworter, Pazifisten schauten weg und retuschierten die Realität des Völkermords, um ihr eigenes Weltbild zurechtzubiegen, durch eine konstruktive Gegenstrategie wirkungslos gemacht und die Inszenierung eines "menschenrechtlich bedingten Notfalls" um so wirksamer verhindert werden. Nicht die Pazifisten müssen beweisen, dass sie verantwortlich handeln, sondern umgekehrt müßten die Verfechter

¹⁷ In diesem Kontext ist es vertane Zeit und Energie und lediglich akademisch von Bedeutung, die „Verantwortungspazifisten“ über die Genese der Weberschen Unterscheidung von Gesinnungs- und

der "humanitären Intervention" glaubwürdig den Nachweis erbringen, dass der menschenrechtliche Notfall tatsächlich vorliegt. Es ist absehbar, dass dazu eigene Wege und Möglichkeiten der Friedensbewegung, einschließlich insitutioneller Voraussetzungen unverzichtbar sind,¹⁸ um einerseits künftige Inszenierungen des menschenrechtlichen Notfalls rechtzeitig zu Fall zu bringen und andererseits - sollte sich eine militärische Intervention der UNO als notwendig erweisen - diese zivilgesellschaftlich zu kontrollieren.

Literaturquellen

Beck, Ulrich, 1999: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1999.

Chomsky, Noam, 2000: Ein Jahr danach - Hintergründe eines humanitären Unternehmens, in: Le Monde Diplomatique, März 2000.

Gremliza, Hermann L., 1999: Mein Kriegstagebuch, in: Konkret, Heft 12/1999.

Habermas, Jürgen, 1999: Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral, in: Die Zeit vom 29. April 1999.

Huber, Wolfgang, 2000: Konfliktregelung ohne militärische Gewalt - Perspektive für zivile Friedensdienste?, in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, 7/2000, Osnabrück.

Loquai, Heinz, 2000: Der Kosovo-Konflikt. Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden.

Massarrat, Mohssen, 1999: Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung, in: Wissenschaft und Frieden, 2/99.

Massarrat, Mohssen, 2000: Der Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Lehren für eine pazifistische Perspektive, in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, 7/2000, Osnabrück.

Verantwortungsethik, wie beispielsweise Narr/Roth und Vack (1999: 86 f) es tun, zu belehren.

¹⁸ Eingehendere Überlegungen dazu vgl. Massarrat, 1999.

- Mutz, Reinhard**, 1999: Die neue Nato-Strategie, in: Reinhard Mutz/ Bruno Schoch/ Ulrich Ratsch: Friedensgutachten 1999, Münster.
- Mutz, Reinhard/ Schoch, Bruno/ Ratsch, Ulrich**, 1999: Friedensgutachten 1999, Münster.
- Narr, Wolf-Dieter/ Roth, Roland/ Vack, Klaus**, 1999: Wider kriegerische Menschenrechte. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 - Nato-Krieg gegen Jugoslawien, Köln.
- Pradetto, August**, 2000: Moral, Interessen und Machtkalkül in der Außenpolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 24. März 2000.
- Senghaas, Dieter**, 1999: Recht auf Nothilfe. Wenn Intervention nicht nur erlaubt, sondern regelrecht geboten ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 1999.
- Timothy, L. Thomas**, 2000: Der zerstörte Panzer, der kein Panzer war. Kosovo und der herrschende Mythos der Informationsüberlegenheit, in: Frankfurter Rundschau vom 31. März 2000.
- Volmer, Ludger**, 1999: Krieg in Jugoslawien - Hintergründe einer grünen Entscheidung (Stellungnahme vom 26. März 1999).
- Zumach, Andreas**, 1999: "80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchgepeitscht". Die letzte Chance von Rambouillet und die Geheimdiplomatie um den "Annex B", in: Schmid, Thomas (Hrsg.), 1999: Krieg im Kosovo, Reinbek bei Hamburg.
- Zumach, Andreas**, 2000: Rambouillet, ein Jahr danach, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/2000.